

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Zusammenstöße zwischen Deutschen und Franzosen in Beuthen

Beim Einzug der Engländer Tote und Verwundete.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

D. Breslau, 5. Juli.
Beim Einzug der Entente-Truppen in Beuthen haben sich beunruhigende Zwischenfälle ereignet. Als die Engländer durch die Friedenstrasse zogen, brachen die Bewohner, die sich nach sieben Wochen von der Bedrängnis durch die Injuranten und von den Schlägen der Franzosen befreit sahen, in Jubelstürze aus und hielten väterländische Bieder an. Darauf schlug die französische Wache mit Kolben und Gummirollen in die Menschenmenge ein. Wüßig fielen einige Schüsse, die mehrere Franzosen verletzt wurden, darunter ein französischer Kaiser tödlich. Es ist noch nicht festgestellt, von welcher Seite die Schüsse kamen. Durch das rücksichtslose Vorgehen der französischen Soldaten kamen mehrere deutsche Frauen ums Leben. Auf ein Haus, aus dem angeblich die Schüsse gefeuert worden, wurde ein regimentsweises Schnellfeuer mit Maschinengewehren eröffnet. Das Haus, auf das etwa 1000 Schuss abgegeben wurden, ist vollkommen demoliert. Die Franzosen nahmen 20 Bürger von Beuthen als Geiseln inhaft, darunter die beiden Bürgermeister, sowie den Vorsitzenden der deutschdemokratischen Partei in Oberschlesien, Sanitätsrat Dr. Bloch. Durch die englischen Truppen, die die Hauptstraßen besetzten, wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Über die blutigen Zusammenstöße zwischen Deutschen und französischem Militär, die sich gestern in Beuthen beim Einzuge englischer Truppen ereignet haben, wird in einem verspätet eingetroffenen Telegramm des Westfälischen Telegraphenbureaus mitgeteilt:

Am heutigen Tage gegen Mittag zogen die Engländer in Beuthen ein. Beim Durchzug durch die Friedenstrasse wurden die englischen Truppen von der Einwohnerlichkeit lebhaft begrüßt. Dieses gab Anlaß, daß die Franzosen aus der neuen Kaserne ausrückten. Im Verlauf dieser Aktion kam es zu Zusammenstößen zwischen französischen Militär und der Bevölkerung. Zahlreiche Zivilisten und auch mehrere Franzosen sind verletzt worden. Die Wilhelm-, die Gultaw-Freitag-, die Donnermarkt- und die Friedenstrasse sind von englischen Soldaten besetzt. Die Franzosen nahmen nach dem Vorfall zwanzig Bürger von Beuthen als Geiseln inhaft. Unter diesen befinden sich der erste und der zweite Bürgermeister von Beuthen, der Stadtrat Krüger und der Führer der demokratischen Partei Oberschlesiens Sanitätsrat Dr. Bloch. Für den Telegraphenbureau-Direktor von Beuthen wurde der Telegraphenbureau-Direktor inhaft genommen.

Über diese Vorgänge, die sich beim Einzug der Engländer in Beuthen ereignet haben, ist in Berlin an den zuständigen Stellen Näheres noch nicht bekannt. Man will, um sich ein endgültiges Urteil zu bilden, erst das Gintrefsen auf den Ort besichtigen abwarten. Es ist selbstverständlich, daß der in jedem Falle befallene Vorfälle zunächst genau untersucht werden muß, und es ist ebenso selbstverständlich, daß eine Untersuchung, die einseitig von den französischen militärischen Stellen geführt würde, keinen Anspruch auf Gerechtigkeit hat. Überwiegend hat sich in Beuthen die lange aufgeschobene Verhinderung gezeigt, die in der deutschen Bevölkerung durch das parteiische und drückende französische Militärregiment erzeugt worden ist. Es ist charakteristisch, daß man den Engländern jubelte — denselben Engländern, gegen die man während des Krieges die Strafe Gottes angerufen hatte — und das könnte den Franzosen nur machen, eine wie falsche Politik sie getrieben haben. Wenn die französischen Soldaten, ohne wirkliche Provokationen, über die Begrüßung, die den englischen Truppen zuteil wurde, so ergrimmt gewesen sein sollten, daß sie auf die Menge einschlugen, so würde das einen erheblichen Mangel an Rationalität beweisen. Wenn irrenden Elemente auf deutscher Seite eine zwingende Not den Revolver gehandhabt haben sollten, so würde kein anständiger Mensch das gutheißen wollen. Eine falsche Behandlung des Vorfalles, eine auf beiden Seiten gleich und ruhige Prüfung des Tatbestandes, ein einschläßliches Zurückgehen auf die Ursachen

und eine entschiedene Warnung vor weiterer Erziehung sind dringender notwendig, wenn der Beuthener Zusammenstoß nicht eine neue Verschärfung der politischen Situation zur Folge haben soll. Am übrigen ist die Erziehung der Ordnung in Oberschlesien bekanntlich nicht Sache Deutschlands, sondern Aufgabe der interalliierten Kommission. Keinesfalls ist das Deutsche Reich verantwortlich dafür, daß die Art, wie die Franzosen die Polizeigewalt in Beuthen ausübten, keine Ordnung und keine Sicherheit geschaffen hat.

Neue Sturmzeichen in Ostpreußen?

Rappistischer Treiben von Selbstschutzbanden.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

D. Breslau, 5. Juli.
Zahlreiche Anzeichen lassen ununterbrochen den Eindruck der Gefahr in Ostpreußen aufkommen, die sich den deutschen Selbstschutz nur um der Verhütung Oberschlesiens willen zur Verfügung stellen, in Scharen die Heimreise antreten, bleiben diejenigen Leute zurück, die dem innerpolitischen Frieden Deutschlands schon mehrfach empfindlich geschadet haben. Da es sich bei diesen Leuten vielfach um Arbeitslose handelt, haben die schlesischen Gewerkschaften geradezu in großartigster Weise ihre Kräfte zur Verfügung gestellt, um die Rückführung der Selbstschutzleute ins bürgerliche Leben zu unterstützen. Bei zahlreichen Erkundigungen bei Selbstschutzleuten der verschiedenen Formationen konnte ich feststellen, daß den Leuten von dieser Gelegenheit, zu Brot und Arbeit zu kommen, nichts mitgeteilt wurde. Die Leute sind aber das rasche Ende des „Lagers“ in Oberschlesien enttäuscht und sind willenlos der Verführung ihrer Führer, deren kapitalistische Absichten nicht mehr zweifelhaft sind. Der Einfluß des tüchtigen und besonnenen Führers des deutschen Selbstschutzes, General Höfers, der sich noch kürzlich für seine Person verbürgte, daß ein zweites Baltikumabenteuer ausgeschlossen sei, scheint nicht groß genug zu sein, um eine höchst bedenkliche Entwicklung zu verhindern. Wie die sozialdemokratische Zeitung in Prag meldet, ist es zu befürchten, daß die ostpreussischen Ostpreußen zu einem Zusammenstoß zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Organschaften gekommen. Die Arbeiter haben dort umfangreiche Waffentransporte, die von einem Grafen Wilsch(?) geführt worden sind, angehalten und der Polizei übergeben. Die Polizei ließ jedoch die Waffenschieber samt den Waffen in der nächsten Nacht durchbringen.

Die Selbstschutzleute sind in Ostpreußen zu einem Zusammenstoß mit den dort bestehenden Teilen des Reiches stehen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der Organe in Ostpreußen. Eine jede Schwierigkeit kann man von Offizieren wie Mannschaften erfahren, daß sie nur auf einige Tage erlaubt waren, daß Waffentransporte, auch von Kanonen nach Ostpreußen im Gange sind und daß offen und im großen Umfange weiter gearbeitet wird. Wie die „Breslauer Volksmacht“, das führende Organ der ostpreussischen Mehrheitssozialdemokraten, berichtet, haben Werbemethoden und Werbemittel einen eigenartigen Charakter erhalten. Die Werbungen werden durch die bekannte Abteilung Rohbach vorgenommen und nur Leute, die im Besitz eines Ausweises der Organe sind, werden angenommen. Bemerkenswert ist ferner, daß die Technischen Hilfe Selbstschutzleute bereits am 20. Juni dem Reichsland zugeführt, in dem es heißt, daß „gewisse Anzeichen darauf hinweisen, daß für die nächste Zeit mit einem Generalkrieg in Ostpreußen gerechnet werden muß.“ Da in der Breslauer Arbeiterzeitung zur Zeit der Herausgabe dieses Rundschreibens noch kein Wort von einem bevorstehenden Generalkrieg angedeutet ist, müßten, wie die „Breslauer Volksmacht“ annimmt, die Herren von der Technischen Hilfe die Verantwortung für die Angelegenheit bei den Reichsland übertragen. Die letzten Reichsland Arbeiterzeitung würde sich von diesen Angaben nicht überzeugen lassen. Ernstere seien die außerpolitischen Folgen zu beurteilen, besonders die Rückwirkung auf die Frage der oberschlesischen Zuteilung, die in diesen Tagen entschieden würde. Aus der Tochter dieser politischen Abenteuer würden nur ungenügende Begierde in Ostpreußen hervorgehen, die damit im richtigen Augenblick den Beweis für Deutschlands Vertrauenswürdigkeit hätten, den ihnen mit wohlbedachtem Blick die gegenwärtige Reichsregierung aus der Hand schlug.

Die Uebergabe Westungarns an Deutsch-Oesterreich.

Die Ratifizierung des Friedens von Trianon.
Die Pläne der Kleinen Entente.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters
Dr. Leo Lederer.

1. Wien, 2. Juli.

Die Bedingungen für das Inkrafttreten des Friedens von Trianon sind erfüllt. Die Stunde der Ausführung hat auch für Ungarn geschlagen. Es darf gesagt werden, daß die Verwirklichung des Friedens von Trianon nicht geringeren Schicksal als die Erfüllung des Friedens von Versailles. Der Friede mit Ungarn ist ebenso ein Friede der Gewalt wie der Friede von Versailles. Das Schicksal, den Frieden Europas durch Zerstückelung der feindlichen Nationen zu sichern, hat in Trianon sein blutigstes Schicksal gefunden. Dennoch ist es nicht diese Zerstückelung des ungarischen Volkes allein, die die Lage im mittleren Europa so unsicher gestaltet. Es ist die Einstellung der gegenwärtigen Regierung in Ungarn zum Vertrag des Friedens, nicht die Verteidigung des Rechtes der ungarischen Nation auf Selbstbestimmung und nationale Einheit, sondern die Wiederherstellung des Reiches Stefans des Heiligen, nicht den Kampf für einen Frieden der demokratischen Gerechtigkeit, sondern die Wiederaufrichtung des status quo ante, nicht die Revision des Friedens von Trianon, sondern seine Beseitigung hat Fortschritte auf seine Fahnen geschrieben. Es ist notwendig, sich diese Einstellung der Politik Fortschritte zum Problem des Friedens in aller Klarheit vor Augen zu halten, doppelt notwendig in einer Zeit, da gerade Deutsch-Oesterreich das erste Opfer dieser Politik zu werden droht. Denn eine Bedingung, die Ungarn sofort nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Trianon zu erfüllen hätte, wäre die Uebergabe der westungarischen Gebiete an Deutsch-Oesterreich. Die ungarische Regierung hat sich, getrieben von Frankreich unterstützt, nicht ohne Erfolg bemüht, die Vorbereitungen für diese Uebergabe zu verzögern. Sie verliert nicht immer, von Deutsch-Oesterreich Verhandlungen über den Umfang des abzutretenden Gebietes zu erpressen, während sich die Wiener Regierung nur zu Verhandlungen über die Einzelheiten der Uebergabe und über die Führung des Grenzgebietes im Rahmen der Bestimmungen des Friedensvertrages verstehen will. In Paris wird jetzt endlich unter Teilnahme Deutsch-Oesterreichs die Kommission gebildet, der Ungarn die westungarischen Gebiete zu übergeben haben wird. Aber die Drohungen und Subpess gegen Deutsch-Oesterreich, die Vergegenwärtigung der Deutschen Westungarns durch die magyarischen Behörden haben nicht aufgehört, und die weitere Entwidlung des Problems der Uebergabe kann Deutsch-Oesterreich noch mancher Sorge bereiten.

Die Integritätspolitik der gegenwärtigen Machthaber in Ungarn droht jedoch nicht nur langwierige Gegenstände in Deutsch-Oesterreich zu schaffen, sondern es ermöglicht auch den Hütern des Friedens von Trianon, sich mit einem gewissen Schein von Berechtigung gegen die ungarische Gefahr zusammenzuschließen. Sie haben jetzt in Belgrad dem Bündnis der Kleinen Entente die letzte Rundung gegeben, und ihr erstes Unternehmen nach Ratifizierung des Friedensvertrages wird der rasche Durchführung der vorgelegenen Einmischung in Ungarn sein. In Prag und ganz ebenso in Belgrad ist man sich auch heute bereits darüber einig, daß die tatsächliche Durchführung der Entlassung einer Umwandlung des herrschenden Systems in Ungarn zur Voraussetzung hat. Daraus erklärt sich auch die Forderung nach Sicherheiten für eine demokratische Entwicklung der ungarischen Innenpolitik, die die Kleine Entente nach Beseitigung des Putzches von Steinamanger aufgestellt hat. Denn zu den größten Hindernissen für die Verwirklichung des Friedens von Trianon das Festhalten der ungarischen Machthaber an dem monarchischen Staatsform und an dem Königtum der Habsburger gehören. Welche Quelle der Verwirklichung das namentlich für die Republik Deutsch-Oesterreich bildet, hat der letzte Aufsatz des „Breslauer Volksmacht“ nach Inkrafttreten des Vertrages wird somit auch die Frage der ungarischen Verfassung aufgerollt werden. Man erinnert sich, daß Deutschland nach Ratifizierung des Friedens von Versailles genötigt worden ist, die Reichsverfassung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Einklang zu bringen. Die gleiche Forderung wird jetzt auch an Ungarn gestellt werden. In die ungarische Verfassung ist nämlich mitzufügen auch der alte Ratungssatz aufgenommen worden, der den König von Ungarn verpflichtet, die Integrität des Reiches Stefans des Heiligen nötigenfalls mit Waffengewalt wiederherzustellen. Dieses auf dem Integritätsgebäude aufgebaute ungarische Königtum ist selbstverständlich unvereinbar mit den Bestimmungen des Friedens von Trianon.

Am dem Tag, da der Gewaltfrieden von Trianon endgültig Gesetz wird, kann Europa das ungarische Volk nur mit tiefer Sympathie gedenken, aber wertvolle Hilfe wird Ungarn aus diesen Umständen erst erwachsen können, wenn es in seiner äußeren Politik den mittelalterlichen Integritätsgedanken verlassen und in seiner inneren Ordnung das System der oligarchischen Unterdrückung aufgegeben haben wird.

Der Fall Jagow vor dem Reichstag.

Der Reichstag erledigte heute zunächst einige kleine Anfragen.

Es folgen sodann die Interpellationen über den Fall Jagow. Hierzu liegt folgende Interpellation der Koalitionsparteien vor:

„Ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, über den Stand des Verfahrens gegen den Regierungsratspräsidenten v. Jagow wegen Doppeltverrats umständlich Auskunft zu geben? Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie hat zu dem gleichen Gegenstand die nachstehende Interpellation eingebracht: „Der Justizminister Schiffer hat bei Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern zum Fall Jagow Grundsätze abgegeben, welche zu den Befürchtungen des Herrn

v. Jagow im Widerspruch stehen. Die Gerichtsbehörden versagen gegenüber dem Herrn v. Jagow wie gegenüber allen den anderen Männern, die sich bei dem Rapp-Bußch der Sozialdemokratie schuldig gemacht haben. Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um die Doppelverratsprozesse und die Haftbefehle gegen Krugott v. Jagow und die übrigen Rappisten rückstandslos zur Durchführung zu bringen?“

Regierungseitig wird erklärt, daß der Reichsjustizminister Schiffer die beiden Interpellationen noch im Laufe der heutigen Sitzung zu beantworten gedenkt.

Baku in Klammern.

Notterdam, 5. Juli. (I. L.)
Wie aus Moskau gemeldet wird, sieht Baku in Klammern. Ein Teil der Stadt und verschiedene Delegationen sind vernichtet.